

Banhierl, Lemon; Henze, Justus; Janz, Vincent; Warning, Lukas; Wilken, Maximilian

Book Part — Published Version

Öffentlicher Luxus: Eine verheißungsvolle Zukunft. Einleitung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Banhierl, Lemon; Henze, Justus; Janz, Vincent; Warning, Lukas; Wilken, Maximilian (2023) : Öffentlicher Luxus: Eine verheißungsvolle Zukunft. Einleitung, In: Banhierl, Lemon Henze, Justus Janz, Vincent Warning, Lukas Wilken, Maximilian (Ed.): Öffentlicher Luxus, ISBN 978-3-320-02414-7, Dietz, Berlin, pp. 18-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/333974>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

ÖFFENTLICHER LUXUS:

Eine verheißungs- volle Zukunft

Einleitung von communia*)

*) *Lemon Banhierl, Justus Henze, Vincent Janz,
Lukas Warning, Maximilian Wilken*

Die Klimakrise ist am Durchdrehen. Ohne Unterlass prasseln die Nachrichten auf uns ein, die eines klarmachen: Ohne dass sich schnell alles ändert, ist die Erderwärmung nicht auf 1,5 Grad zu begrenzen. Ein Kipppunkt nach dem anderen wird in den nächsten Jahren überschritten, teils geschieht es schon. Alles geht schneller als gedacht, inzwischen ist nicht mehr die Frage, ob sich die Klimakrise noch verhindern lässt, sondern wie schlimm sie – für wen und wo – werden wird und ob und wie eine Eindämmung gelingen kann.

Während Regierungen und Unternehmen damit beschäftigt sind, ihre Klimaziele zu verschieben oder ihre Bilanzen grün zu färben, weil sie sogar ihre selbstgesetzten Ziele Jahr für Jahr verfehlen, bemühen sich andere angesichts der dramatischen Situation um echte Veränderung, ambitioniertere Ziele und fordern entschlosseneren Maßnahmen, die notwendig sind, um diese zu erreichen. Gegen die Gewinnung und Nutzung fossiler Energien wird rund um den Globus protestiert. Auch bei uns, besonders eindrücklich Anfang 2023 im Rheinland gegen die

Zerstörung des kleinen Dorfes Lützerath und den Abbau der Kohle darunter.

In Berlin, Deutschlands Hauptstadt der direkten Demokratie, versuchten Aktivist*innen, die Regierung qua Volksentscheid zu ambitionierteren Klimazielen zu verpflichten. Statt 2045 sollte Berlin schon 2030 klimaneutral werden. Angesichts der Dynamik der Klimakrise eigentlich eine Forderung, die keine größeren Kontroversen auslösen dürfte. Dennoch erreichte die Initiative nur knapp die nötige Zahl der Unterschriften, um als Volksentscheid zugelassen zu werden. Noch mehr irritierte dann das Ergebnis der Abstimmung im März 2023: Der Volksentscheid scheiterte zwar daran, dass gemessen an der Zahl der Abstimmungsberechtigten nicht genug Ja-Stimmen abgegeben wurden, und nicht daran, dass eine Mehrheit dagegen gestimmt hätte. Dennoch war erstaunlich, dass sich fast die Hälfte der Abstimmenden gegen den Volksentscheid aussprach, in den Außenbezirken sogar die Mehrheit. Fast eine halbe Million Berliner*innen haben – obwohl der Termin nicht mit einer Bundes- oder Landtagswahl zusammenfiel – den Weg ins Wahllokal auf sich genommen, um gegen »mehr Klimaschutz« zu stimmen. Noch interessanter wird das Ergebnis, wenn man es mit dem des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne (initiiert von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«) eineinhalb Jahre zuvor vergleicht: Eine überwiegende Mehrheit der Berliner*innen in den Innen- und Außenbezirken stimmte damals für die Vergesellschaftung. Während Klimaschutz dank sozialer Bewegungen in den letzten Jahren in Deutschland fast zur Konsensposition im politischen Diskurs geworden ist – auch wenn dem bislang selten entsprechende Taten folgen – und vor Kurzem noch Millionen dem Ruf von Fridays for Future auf die Straßen folgten, war Vergesellschaftung oder gar Enteignung bis vor wenigen Jahren noch ein Wort, das in der Öffentlichkeit kaum jemand in den Mund zu nehmen wagte.

Wieso stimmten dann so viele gegen den Klima-Volksentscheid? Wieso also war eine deutlich breitere Mehrheit für die Vergesellschaftung? Es ist doch im Interesse aller, dass Klimaneutralität so schnell wie möglich erreicht wird, heißt es oft. Vielleicht haben viele Menschen jedoch eher ihre kurzfristigeren materiellen Interessen im Blick. Und die Menschen, die gegen den Klima-Volksentscheid gestimmt haben, wissen, dass eine ökologische Transformation aktuell auf ihre Kosten gehen würde, weil sie nicht zugleich eine soziale wäre. Bei der energetischen Modernisierung von Gebäuden etwa merken viele schon lange, dass die Kosten für klimafreundliches Heizen nicht von den Vermieter*innen getragen werden, sondern zulasten der Mieter*innen gehen, die ohnehin schon mit ständig steigenden Mieten zu kämpfen haben. Sie haben erfahren, dass viele Vermieter*innen die Möglichkeit zur Umlage der Modernisierungskosten auf die Bewohner*innen dazu nutzen, auch völlig unnötige Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen, nur um danach die Mieten erhöhen zu können. Dagegen wehren sie sich vielerorts. Zu Recht.

Vielen Menschen ist bewusst, dass nicht die Reichen bezahlen werden, wenn es um die Kosten für den Umbau hin zur Klimaneutralität geht. Eher wird Haushalten der Strom abgestellt, im Sommer das Wasser rationiert oder das öffentliche Schwimmbad wegen der Gaskrise nicht mehr beheizt, als dass Reiche auf ihre Privatflieger oder Pools verzichten müssen, Golfplätze nicht mehr bewässert werden oder die Produktion unnötiger SUVs gedrosselt wird. Solange soziale und ökologische Interessen gegeneinanderstehen, ist es nicht verwunderlich, dass die Motivation für einen schnelleren Umbau hin zur Klimaneutralität bei vielen Menschen gering ist. Der Klima-Volksentscheid in Berlin hat sich nur auf die Klimaziele fokussiert. Die sozialen Fragen, die damit verbunden sind, wurden kaum adressiert. Bei dem Volksentscheid zur Vergesellschaftung ging es dagegen um etwas, das ganz nah an den alltäglichen ökonomischen Sorgen der Menschen ansetzt: den

Reichen etwas wegzunehmen und unabhängig vom Willen der Konzerne eine bezahlbare Wohnraumversorgung sicherzustellen.

Wenn Klimaschutz vor allem Verzicht bedeutet, gibt es bei vielen, die sowieso schon nicht viel haben, keinen Grund, für diesen zu kämpfen. Es ist klar, dass es eine ökologische Transformation ohne Verluste nicht geben wird, sondern sie mit Verteilungsfragen verbunden ist: Wer bezahlt wofür? Was wird verboten, was bleibt erlaubt? Werden grüne Technologien so eingesetzt, dass sie für alle nutzbar sind, oder bleiben sie einigen wenigen vorbehalten, die es sich leisten können? Die Idee des grünen Kapitalismus, der ökologisch unproblematischen Reichtum für alle bereitstellt, verfängt nicht. Aber auch eine politische Alternative, die Klimaschutz und ökonomische Umverteilung glaubhaft verbinden würde, fehlt. Dieses Fehlen treibt viele Menschen in die Arme rechter Parteien, die weiterhin der fossilen Vergangenheit anhängen und bei denen sie zumindest hoffen können, dass sich möglichst wenig verändert, solange sie die Augen vor der Zukunft verschließen.

Was hat Politik uns auf einem sterbenden Planeten noch anzubieten? Von wem erwarten wir Einsatz für eine Zukunft, wenn die Vergangenheit als die verheißungsvollere Alternative erscheint? Wenn Zukunft nur bedeutet, dass entweder alles schwieriger wird, weil ich mein Auto nicht mehr fahren kann, aber kein gutes öffentliches Verkehrssystem zur Verfügung steht, oder dass alles schwieriger wird, weil ich zwar noch Auto fahren darf, dafür aber im Sommer das Wasser knapp wird, wenn sich nur noch hoffen lässt, dass sich vielleicht noch manchmal kleine soziale Zugeständnisse erkämpfen lassen, dass das Geld gerade so bis zum Ende des Monats reicht, dass bloß noch wenige Jahre in verhältnismäßiger materieller Sicherheit – und auch nur im Globalen Norden – bleiben, dann hat Zukunft ihre Verheißung verloren. Was uns fehlt, ist eine Vision von Zukunft, in der wir leben wollen. Was uns fehlt, ist ein politisches Projekt, das uns abholt und begeistert.

Begeistert für eine große gesellschaftliche Veränderung, nicht nur, damit es nicht schlimmer wird, sondern weil es etwas zu gewinnen gibt. Eine solche Zukunft ist möglich, wenn wir unsere begrenzten Ressourcen nicht mehr in SUVs, Privatjets und Luxusneubauten, sondern in Care-Zentren, lebenswerte Innenstädte und bedingungslose Grundversorgung mit essenziellen Gütern investieren. Wenn wir Öffentlichen Luxus statt privaten Überfluss schaffen, dann würde die Transformation für die allermeisten nicht Verzicht, sondern ein Mehr an ökonomischer Sicherheit, Zeit und Freiheit bedeuten. Was uns fehlt, ist eine Perspektive, die Lust, die Hoffnung macht, dass Zukunft nicht nur anders – ökologisch – wird, sondern auch besser: freier, gerechter, schöner!

Eine konkrete Antwort auf den neoliberalen Finanzkapitalismus

Öffentlicher Luxus ist nicht einfach nur eine Utopie oder ein Narrativ, sondern ein konkreter Gegenentwurf, der ökonomische Sicherheit für alle schaffen will und neue Horizonte politischen Handelns eröffnet: die Möglichkeiten der kollektiven, demokratischen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Solche Horizonte sind in den letzten Jahrzehnten mit der als alternativlos propagierten Ökonomisierung weiter Teile des gesellschaftlichen Lebens und der Privatisierung öffentlicher Güter verloren gegangen. Der damit einhergehende Abbau von Sozialsystemen und kostengünstiger Grundversorgung mit Wohnraum, Energie, Lebensmitteln und vielem mehr hat für den Großteil der Gesellschaft zu steigender ökonomischer Unsicherheit geführt.

Etwa seit den 1980er-Jahren, spätestens seit Ende der Systemkonkurrenz zwischen autoritärem Staatssozialismus und Kapitalismus, ist der neoliberale Kapitalismus die dominante Organisationsform der Gesellschaft. Neoliberalismus bedeutet nicht nur Privatisierung öffentlicher Güter und Infrastruk-

turen sowie Deregulierung, sondern eine Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter der marktwirtschaftlichen Logik des Wettbewerbs, der Profitorientierung und des Privateigentums.

Im Zuge der Durchsetzung des Neoliberalismus fand ein beispielloser Angriff auf jede Form kollektiven Eigentums statt, das die Grundlage für eine stabile Daseinsvorsorge und eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft darstellen könnte. So wurden mittels Grundgesetzänderung die ehemaligen Staatskonzerne Post, Telekom und Bahn in profitorientierte Unternehmen umgewandelt, zahlreiche Kommunen mussten im Zuge des Finanzierungsdrucks und konstruierten Standortwettbewerbs ihre Wohnungsbestände privatisieren und gaben damit dem finanzialisierten Wohnungsmarkt Auftrieb. Auch die Produktionskapazitäten der ehemaligen DDR wurden mittels Schockprivatisierung durch die Treuhand und die Einführung der D-Mark dem internationalen Markt zugänglich gemacht. Die Folgen dieser Privatisierungen lassen sich heute überblicken: Bei der Bahn wurde systematisch am Schienennetz gespart, das nun nicht bereit ist für die Verkehrswende und zu ständigen Ausfällen und Verspätungen führt. Die ehemals kommunalen Wohnungsbestände gehören nun Konzernen wie Vonovia oder der Deutschen Wohnen, die zwar stetig die Mieten erhöhen, dafür aber bei der Instandhaltung sparen, und die Politik der Treuhand in den Gebieten der ehemaligen DDR machte Hunderttausende arbeitslos, was bis heute die ökonomischen und sozialen Strukturen in den ostdeutschen Bundesländern prägt.

In den klassischen Sektoren der Daseinsvorsorge (Wasser, Elektrizität, Wärme, Abfallwirtschaft etc.) gab es in aller Regel nur einen Anbieter pro Region. Die ehemals staatlichen oder kommunalen Versorger wurden gegen starke Widerstände privatisiert und in zahlreiche Einzelanbieter zerschlagen. Heute muss aus Hunderten von Internet- und Stromanbietern ausgewählt werden, während dahinter faktisch Monopole oder Oli-

gopole stehen, die die »Märkte« dominieren. Hinter den Hunderten von Stromanbietern, zwischen denen wir heute wählen müssen, verbergen sich in aller Regel doch wieder nur die großen fünf Energiekonzerne. Obwohl diese Konzerne reichlich Gewinne erwirtschaften, sind kaum Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen geflossen: Die Stromnetze sind nicht für die Energiewende ausgebaut, die Netzentgelte machen dennoch einen immer größeren Teil der Stromkosten aus.

Aber es brauchte nicht immer eine Privatisierung von öffentlichem Eigentum, um Marktlogiken in weiten Teilen der Gesellschaft einzuführen. Im Neoliberalismus wurden auch Bereiche wie Bildung oder Gesundheit, die weiterhin primär staatlich organisiert blieben, zum Ziel von Vermarktlichung. Um zum Beispiel im Gesundheitswesen Profitorientierung und Konkurrenz herzustellen, wurden mittels des Fallpauschalensystems feste Preise für gleichartige gesundheitliche Behandlungen festgelegt. Ein Krankenhaus bekommt seitdem für eine Hüftoperation immer die gleiche Kostenerstattung, egal wie lang oder kurz der Genesungsprozess der Patient*in real dauert. Mit diesem System wurden ungekannte Profitmöglichkeiten und ein ständiger Druck zur Kostenminimierung ins Gesundheitssystem eingeschrieben: Wenn man für eine bestimmte Operation immer den gleichen Betrag von den Krankenkassen erstattet bekommt, dann bedeutet jede Pflegekraft weniger und jeder Tag, den Patient*innen nicht mehr in den Betten liegen, eine potenzielle Steigerung des Gewinns. Gesundheit wurde damit zur Ware gemacht und nahezu alle Bereiche des Gesundheitssystems wurden betriebswirtschaftlichen Logiken unterworfen. Besonders deutlich zeigten sich die daraus resultierenden Probleme während der Corona-Pandemie, als massenhaft Personal und Intensivbetten fehlten. Das System der Fallpauschalen führt außerdem dazu, dass Ärzt*innen und Pflege viel Zeit mit bürokratischen Prozessen verbringen, weil jede Behandlung klassifiziert und aufwendig begründet werden muss,

worunter die medizinische Versorgung leidet. Zudem fördert das System die Durchführung von überflüssigen, aber profitablen Behandlungen, wodurch zusätzlich Kapazitäten von Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Pflegekräften für gute medizinische Versorgung fehlen. Geburtsstationen und ländliche Kliniken mussten reihenweise schließen, da sich die Grundversorgung im ökonomisierten Fallpauschalensystem schlicht nicht rechnete. Stattdessen wurden in Ballungsgebieten weitere Spezialkliniken für hochprofitable Operationen eröffnet. Die Herstellung von Märkten führte also nicht zu mehr Effizienz im Gesundheitssystem, sondern zu einer horrenden Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen durch Fehlanreize und unnötige Bürokratie sowie zu einer unzureichenden Grundversorgung in der Fläche.

Damit ist nicht gesagt, dass frühere staatliche Institutionen (ob in der BRD oder der DDR) ein Positivbeispiel für eine zukünftige Wirtschaft darstellen. Herkömmliche staatliche Daseinsvorsorge war oftmals zentralistisch, undemokratisch und hierarchisch organisiert. Neu an der neoliberalen Wende war, dass auch diejenigen gesellschaftlichen Bereiche, die prinzipiell ökonomischen Logiken entzogen sein sollten, weil sie für ein würdevolles Leben allen bedingungslos zur Verfügung stehen müssen, mit enormem Aufwand der Kapitalverwertung zugänglich gemacht wurden.

Neoliberale Politik hat durchweg zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität geführt. Essenzielle Infrastrukturen wie die Deutsche Bahn wurden vollständig heruntergewirtschaftet. Nicht die Löhne, sondern die Profite und damit die Kosten für Öffentlichkeit und Haushalte sind gestiegen. Gerade die Güter, die für unser Leben am wichtigsten sind – ob Wohnraum, Grundversorgung oder Gesundheit – sind teurer geworden oder wurden überhaupt erst zu kaufbaren Waren gemacht. Trotz einiger erfolgreicher und wichtiger Abwehrkämpfe wie beispielsweise im Bereich der Pflege in Krankenhäusern schritt die weitreichende Kommodifizierung lebenswichtiger Güter in

den letzten Jahren weiter voran. Durch hohe Preise, schlechte Löhne oder die Vernachlässigung von Investitionen werden jeden Tag Profite mit unserer Grundversorgung gemacht, für die wir alle mitbezahlen.

Die vielleicht schlimmste Auswirkung des neoliberalen Kapitalismus ist die fundamentale Unfreiheit und Unsicherheit. Schon heute müssen die meisten Menschen immer mehr arbeiten und geben dennoch einen Großteil ihres Einkommens für fundamentale Güter wie Wohnen, Gesundheit und Energie aus. Wir wissen genau, dass es eben nicht sicher ist, dass wir heute und in Zukunft gute Gesundheitsversorgung und ein Dach über dem Kopf haben werden. Öffentlicher Luxus auf Basis einer Ausweitung kollektiven Eigentums ist eine Lösung für die gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme des Neoliberalismus und weist zugleich einen solidarischen Weg aus der Klimakrise.

Öffentlicher Luxus: Wie alles besser werden kann

Öffentlicher Luxus ist der bedingungslose (d. h. auch kostenlose) Zugang zu essenziellen Leistungen und Gütern. Alle Menschen haben ein Recht auf hochwertige Versorgung in den Bereichen Wohnen, Energie (Strom, Wärme etc.), Gesundheit, Pflege und Care, Bildung, Mobilität, Ernährung, Kultur, Medien und digitale Infrastruktur. Öffentlicher Luxus bedeutet eine Aufwertung all dessen, was wir wirklich für ein gutes Leben brauchen, und entzieht wesentliche, alltägliche Bereiche der Markt- und Profitlogik. Damit rückt er auch bisher vernachlässigte oder weniger wahrgenommene Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion in den Vordergrund. Öffentlicher Luxus bedeutet, Arbeiten wie die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen aus dem Privaten zu holen und als gesellschaftliche Aufgabe zu organisieren.

Öffentlicher Luxus schafft materielle Sicherheit für alle. Der Zugang zu grundlegenden Gütern wie Wohnraum, Heizung,

Nahrung oder Mobilität hängt nicht mehr von der individuellen Zahlungs- und damit Leistungsfähigkeit ab, auch nicht von staatlichen Sozialleistungen und damit zusammenhängenden Anforderungen oder Restriktionen. Ob am Ende des Monats noch Geld fürs Essen da ist, ob die Rente reicht, um am Lebensende nicht in Altersarmut zu geraten, ob die Pflege für Eltern oder Großeltern bezahlbar ist – diese ökonomischen Sorgen nimmt uns Öffentlicher Luxus. Öffentlicher Luxus würde auch vieles im Alltag einfacher und schöner machen. Es gäbe hochwertige öffentliche Toiletten, öffentliche Küchen und günstiges, gutes Essen für alle, kostenlose und zuverlässige Verleihräder an jeder Ecke, nach Bedarf mit E-Motor oder als Lastenrad und alles, ohne jedes Mal eine neue App herunterladen zu müssen. Über all das hinaus bringt uns Öffentlicher Luxus ein größeres Maß an Freiheit: Durch eine Stärkung und bedingungslose Bereitstellung der Dinge, auf die es ankommt, gewinnen wir Zeit für uns und für die gemeinsame Gestaltung unserer Welt.

Öffentlicher Luxus beruht auf der Wiederherstellung und Ausweitung öffentlichen Eigentums an Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und weiterer Teile der Wirtschaft sowie ihrer gemeinwirtschaftlichen und demokratischen Organisation. Anstatt die Gestaltung unserer Wirtschaft privatisierten Konzernen und ökonomischen Kalkülen zu überlassen, die unsere Lebensgrundlagen zerstören, zu immer größerer ökonomischer Ungleichheit führen und öffentliche Versorgungsstrukturen kaputtsparen, zielt Öffentlicher Luxus auf eine kollektive, demokratische und gerechte Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung unserer wirtschaftlichen und sozialen Systeme. Damit ist Öffentlicher Luxus ein Gegenentwurf zu privatem Luxus Einzelner (und der damit zusammenhängenden Armut vieler). Um öffentliche Dienste für alle zu organisieren, macht er Schluss mit der extremen Konzentration von Reichtum. Stattdessen schafft öffentlicher Luxus kollektiven Reichtum. Statt Privatjets, privaten Pools oder Golfplätzen gibt es einen

gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Bahnhöfe, die zum Verweilen einladen und nicht nur kommerzialisierte Durchgangsorte sind, Fernstrecken, die auch weite Reisen im Nachtzug angenehm werden lassen, eine flächendeckende Versorgung mit gut ausgestatteten Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen, kostenlosen Breitbandausbau und -zugang, öffentliche Kantinen für alle, öffentliche Schwimmbäder und Zugang zu Seen und Flüssen sowie öffentliche Parks und Grünflächen, die alle nutzen können. Öffentlicher Luxus ist Luxus der Vielen: Statt übermäßigen Reichtum für wenige, bedeutet Öffentlicher Luxus bedingungslose Grundversorgung und ein gutes Leben für alle.

Öffentlicher Luxus ist eine Bedingung für effektiven, sozial gerechten und demokratisch gestalteten Klimaschutz. Durch die kollektive Nutzung natürlicher Ressourcen lässt sich ein Weniger an Verbrauch mit gesellschaftlichem Reichtum verbinden: Öffentlicher Luxus + private Suffizienz! Ein starker öffentlicher Verkehrssektor macht private Autos weitgehend überflüssig, lokale Verleihzentren – nach dem Vorbild von Bibliotheken – für Werkzeuge und andere Dinge, die wir nicht ständig brauchen, verhindern, dass jede*r eine Bohrmaschine zuhause liegen hat, aber nur einmal im Jahr nutzt. Die kollektive Nutzung von Ressourcen lässt uns den Verbrauch insgesamt minimieren, ohne uns in Verzichtsdebatten zu verlieren. Zugleich lösen sich Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Zielen wie bei der Gebäudemodernisierung bei einer demokratischen Organisation in öffentlichem Eigentum auf: Eine gemeinwirtschaftliche Wohnungsbewirtschaftung macht energetische Modernisierung möglich, ohne dass Mieter*innen Angst vor großen individuellen Mietsteigerungen haben müssen. Denn die Kosten werden gemeinsam getragen und es werden in Abstimmung mit den Mieter*innen nur wirklich sinnvolle Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt.

Öffentlicher Luxus ist effizient

Ein Ausbau, eine Ausweitung und eine Entprivatisierung von öffentlichen Gütern sowie ihre bedingungslose Bereitstellung würden uns Sicherheit geben und unser Leben freier machen. Aber nicht nur das: Richtig gemacht, ist Entprivatisierung auch aus Effizienzgründen sinnvoll, sobald Effizienz gesamtgesellschaftlich verstanden wird. Wenn wir ernsthaft über ökonomische Alternativen zum Neoliberalismus reden wollen, müssen wir die Mythen, mit denen Privatisierungen, Vermarktlichung und damit auch eine weitreichende Umverteilung von unten nach oben gerechtfertigt wurden und weiterhin werden, bekämpfen. Die Privatisierung sollte im Gegensatz zu Staatskonzernen und öffentlichen Unternehmen mehr Effizienz und Innovation sowie eine effektive Verteilung und Entbürokratisierung bringen. Tatsächlich führte sie jedoch zu neuen Formen der Bürokratie, massiv ungleicher Verteilung und vielfach ineffizienten Mehrfachstrukturen, wie bei den Telekommunikationsnetzen: Von denen gibt es heute in Deutschland gleich drei parallel und trotzdem ist das Netz oft schlecht.

Wieso ist bedingungslose öffentliche Daseinsvorsorge effizienter? Öffentlicher Luxus macht viele bürokratische Prozesse überflüssig: Tickets- und Ticketautomaten, Kontrolleur*innen und Gefängnisse für Menschen, die ohne Ticket gefahren sind. Wir können uns auch die 96 verschiedenen gesetzlichen und erst recht die privaten Krankenversicherungen sparen. In der lokalen, kooperativen Poliklinik braucht es keine Versichertenkarte, keine Rezepte und auch keine Rechnungen, denn Gesundheit ist ein Recht, das von allen finanziert wird. Ärzt*innen und Pfleger*innen sind dann auch nicht mehr die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit Abrechnungen beschäftigt, sondern haben mehr Zeit für ihre Patient*innen. Statt ständig überprüfen und rechtfertigen zu müssen, wer ein Recht auf essenzielle Güter und Dienstleistungen hat, könnten wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen in deren Verbesserung

stecken. Damit verhindern wir zudem Ausschlüsse von marginalisierten Personengruppen, und auch Menschen ohne Papiere und Versicherung erhalten die Dienstleistungen, die sie brauchen. Das Wegfallen künstlicher Marktstrukturen entlastet Menschen auch jenseits des Gesundheitssystems. Das 9-Euro-Ticket im Sommer 2022 etwa hat gezeigt, wie der Wegfall komplizierter Ticketsysteme unser Leben freier und einfacher machen kann. Auch das jährliche Vergleichen von Strom-, Mobilfunk-, und Heiztarifen wird überflüssig, wenn ein Grundkontingent unentgeltlich zur Verfügung steht.

Doch woher soll der Fortschritt kommen? Märkte mögen Probleme verursachen, aber bringen sie nicht auch all die Innovationen hervor, die das Leben für viele erst reicher und besser gemacht haben? Das Problem an dieser Erzählung: Die Behauptung, dass öffentliche Infrastrukturen grundsätzlich stagnieren und wandel- sowie innovationsunfähig seien, stimmt schlicht nicht. Die Entwicklung der meisten modernen Innovationen, von Impfstoffen bis hin zu nahezu allen Grundtechnologien des iPhones, wurde entweder direkt öffentlich finanziert oder durch staatliche Universitäten vorangetrieben. Private Unternehmen sind dagegen vor allem in einem gut: aus neuer Technologie Waren und Profit zu schlagen und damit ihre Verfügbarkeit zu beschränken. Anstatt die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung zu privatisieren, wäre es sinnvoller und effizienter, diese Innovationskraft direkt für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Das würde beispielsweise nicht nur zu einem besseren Zugang zu neuen Medikamenten oder Impfstoffen für alle führen. In öffentlichen Unternehmen, die nicht auf Profit, sondern auf effiziente Versorgung mit essenziellen Gütern ausgerichtet sind, könnten sich statt Konkurrenz und intellektuellem Privateigentum auch technologische Kooperation und Austausch frei entfalten.

Im gegenwärtigen System werden jedoch nicht nur öffentliche Innovationen privat angeeignet. Die Profitorientierung verursacht gerade in der Daseinsvorsorge zusätzlich Kosten,

die von Unternehmen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Den Betreiberfirmen von essenziellen Infrastrukturen gelingt es oft, mit Druck auf Löhnen und Arbeitsbedingungen, mit der Vernachlässigung von langfristigen Investitionen sowie mit der Verlagerung von Kosten auf andere ihre Bilanzen aufzubessern. Unternehmen, die am Kapitalmarkt orientiert sind, wie zum Beispiel die Deutsche Bahn, tendieren dazu, langfristige Investitionen zu vernachlässigen, um kurzfristig ihr Finanzergebnis aufzubessern, wie das Beispiel des maroden Schienennetzes oder der Bahninfrastrukturen zeigen. Sie investieren nur dann, wenn es sich aus Sicht des Kapitalmarkts »lohnt«, also wenn kurzfristig eine Rendite auf das eingesetzte Kapital erwirtschaftet werden kann. Die Rechnung hingegen bekommen wir alle: Wir kommen für private Profite, schlechte Versorgungsqualität, ökologische Folgekosten und unvermeidbare Zusammenbrüche auf. Ob es um die Renaturierung der Kohletagebaue geht, die Endlagerung von Atommüll, die Rettung maroder Banken oder die Verspätungen bei der Bahn: Am Ende tragen nicht die Unternehmen diese Kosten, sondern sie werden der Allgemeinheit oder Einzelnen aufgebürdet. Viele scheinbare Erfolgsgeschichten von Privatisierung ignorieren diese Aspekte. Öffentliche Unternehmen ohne Profitzwang können nachhaltiger wirtschaften, langfristig in die Infrastruktur investieren und auch Rückstellungen für Folgekosten bilden, die bei privaten Unternehmen externalisiert werden. Das ist ein Grund, warum viele Kommunen trotz knapper Kassen Unternehmen der Grundversorgung wieder zurück in die öffentliche Hand holen. Diese werfen kontinuierlich kleine Gewinne ab, können nachhaltig wirtschaften und investieren, und es wird verhindert, dass bei Pleiten doch wieder die Kommune einspringen muss, um die öffentliche Versorgung aufrechtzuerhalten. Öffentlicher Luxus heißt, aus diesen Erfahrungen zu lernen und die gesamte Grundversorgung aus Profitzwängen zu befreien, auf kommunaler wie auf Bundesebene. Es geht dabei jedoch nicht um eine Verstaatlichung

oder Rekommunalisierung, sondern um eine echte Demokratisierung.

Öffentlicher Luxus heißt Demokratisierung

Wir haben uns fast daran gewöhnt, dass am Ende immer bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und an Sozialsystemen gespart wird, dass öffentliche Unternehmen privatisiert werden, obwohl und damit die Dividenden der Dax-Konzerne sprudeln. Es fühlt sich an wie ein Naturgesetz, dass die Mieten immer weiter steigen, die Löhne aber nicht. Manchmal ist es schwer, sich Alternativen vorzustellen. Denn große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden uns in den letzten 40 Jahren systematisch geklaut, sie wurden vernichtet oder sind nicht mehr für alle zugänglich. Aber das muss nicht so bleiben. Es ist Zeit, dass wir uns zurückholen, was uns geraubt wurde: Die kommunalen Energie- und Wassernetze gehören wieder unter öffentliche Kontrolle, Wohnungen in Gemeineigentum und Krankenhäuser müssen wieder anständig öffentlich finanziert werden. Wir können anknüpfen an vieles, das es einmal gab und auch heute noch gibt. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass neu vergesellschaftete Infrastrukturen nicht wieder privatisiert werden können. Wir müssen die Entscheidungen über die Versorgung und Entwicklung viel grundlegender an demokratischen Prinzipien ausrichten und Gemeinwohl- statt Profitorientierung festschreiben. Wir wollen eine demokratische Wirtschaft und Öffentlichen Luxus, keine Staatsbürokratie.

Neben einer Änderung des Unternehmenszwecks und der Ausrichtung auf bedingungslose Grundversorgung muss öffentliche Daseinsvorsorge demokratisiert werden. Das heißt, in den Kontrollgremien neuer öffentlicher Unternehmen saßen nicht Politiker*innen, sondern Vertreter*innen von Nutzer*innen, Arbeitenden und weiteren Gruppen, die sinnvollerweise an grundlegenden Entscheidungen beteiligt sein soll-

ten. Außerdem müssen Entscheidungen so lokal und dezentral getroffen werden wie möglich, damit diejenigen, die davon konkret betroffen sind, die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebenszusammenhänge selbst übernehmen können. Weitreichende Demokratisierung verhindert nicht nur Fehlentwicklungen und Hierarchien, sondern sichert auch die Ausrichtung an echten gesellschaftlichen Interessen. Wäre die Deutsche Bahn eine demokratische Bürger*innenbahn, dann hätten wir statt teuren Neubauprojekten, der Ausrichtung an Hochgeschwindigkeitsstrecken, dem Verlust an Schienenkilometern und einer Preispolitik wie im Flugverkehr vielleicht heute schon eine echte Flächenbahn, für die man das Auto gerne stehen lässt.

Neues öffentliches Eigentum ist also kein Zurück in eine romantisierte Vergangenheit, sondern ein Aufbruch. Sowohl die alten Staatsbetriebe als auch die modernen Konzernoligopole waren und sind oftmals autokratische, hierarchische und verknöcherte Riesen. Öffentlicher Luxus heißt, die Grundversorgung von Beginn an demokratisch zu denken. Das bedeutet auch, neue institutionelle Formen zu finden. Die konkreten Ausprägungen werden je nach Sektor und Kontext unterschiedlich aussehen. In einer am öffentlichen Wohl ausgerichteten Wirtschaft ginge es darum, für verschiedene Ebenen und Sektoren angepasste Organisationsmodelle zu schaffen, die aber immer an demokratischen Prinzipien ausgerichtet sind. Im Energiesektor müsste es zum Beispiel statt vier profitorientierter Netzbetreiber eine zentral koordinierte, bundesweite Institution geben, die den Netzausbau organisiert, dabei aber mit kommunalen Stadtwerken und Energiegenossenschaften zusammenarbeitet. Dann ginge es darum, die Energieversorgung über lokale Stadtwerke und dezentrale Energieproduktion sowie demokratisch bestimmte Großprojekte wie Off- und Onshore-Windparks zu sichern. Anstatt dass auf jeder Ebene des Energiesystems Profite an eine Vielzahl privater Betreiber fließen, die sich in hohen Energiepreisen niederschlagen, wäre Energie ein Grundgut, das bis zu einer

gewissen Menge schlicht umsonst ist. Statt 100 verschiedener Energievermarkter gäbe es in jeder Region lediglich eine demokratisch kontrollierte Institution, die dafür zuständig ist, die Energieversorgung für alle möglichst kostengünstig sicherzustellen sowie eine starke Förderung von dezentraler Produktion für den Eigenverbrauch zu ermöglichen.

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« in Berlin hat in den letzten Jahren riesige Schritte in Richtung einer demokratischen und öffentlichen Organisation von Wohnraum gemacht. Hier ist ein Konzept entstanden, wie 250 000 Wohnungen, die aus öffentlichem Wohnungsbau stammen, durch Privatisierungen jetzt jedoch großen, börsennotierten Konzernen gehören, zurück in öffentliches, demokratisch verwaltetes Eigentum kommen können. Dadurch ließen sich weitere Mietsteigerungen verhindern und die Mieter*innen könnten gemeinsam mit der Stadtgesellschaft und den bei den Wohnungsunternehmen Beschäftigten in einer Anstalt öffentlichen Rechts über die Verwaltung und Entwicklung des Bestandes entscheiden: Wo muss modernisiert werden? Welche Modernisierungsmaßnahme macht in welchem Gebäude am meisten Sinn? Was wollen wir anstelle der verfallenen Garagen im Hinterhof bauen? Dieser Vorschlag wurde 2021 von einer großen Mehrheit der Berliner*innen per Volksentscheid angenommen, die verstanden hatten, dass er Sicherheit vor Mieterhöhungen und Verdrängung sowie einen Zugewinn an Gestaltungsmöglichkeit bedeuten würde.

Öffentlicher Luxus statt Klimakatastrophe

Nimmt man die Klimakatastrophe ernst, dann können die Herausforderungen, vor denen wir stehen, unüberwindbar wirken. Um noch eine 50-50-Chance auf die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu haben, verbleibt Deutschland nur noch ein äußerst geringes global gerechtes CO₂-Budget, das etwa Anfang des Jahres 2027 aufgebraucht sein wird. Und dabei werden nicht

einmal die historischen Emissionen vor 2016 berücksichtigt. Zahlreiche andere Umweltproblematiken, die nicht nur auf CO₂-Emissionen beruhen, wie zum Beispiel das globale Artensterben, kommen noch hinzu. Inzwischen ist auch klar: Selbst wenn ab jetzt Klimaschutz sehr viel schneller vorankommt als bisher, ist mit einer starken Veränderung des Klimas zu rechnen.

Reparationszahlungen für Länder, die sich aus dem Kolonialismus befreit haben, schneller Produktionsumbau, Reduktion von Konsum, Anpassung und Vorbereitung an Wetterextreme und verändertes Klima: Die Klimakrise wirkt oft wie eine Reihe von überwältigenden Anforderungen, denen wir nicht gerecht werden können. Auch die Politik hat offensichtlich kein Interesse an einer ernsthaften Klimapolitik und verwaltet lieber noch wenige Jahre einen nicht haltbaren Status quo oder arbeitet an Abschottungsstrategien. Die bestehende Politik beruht auf dem Versprechen, dass alles so weitergehen kann wie bisher, dass sich nichts ändern wird und eine schöne alte Welt, die es für viele so nie gegeben hat, einfach weiter bestehen kann. Dieses Ausruhen auf dem Wunsch nach Normalität und Sicherheit und die damit einhergehende Entpolitisierung der wichtigen Fragen unserer Zeit haben keine Zukunft. Wenn wir die Krisen unserer Zeit ernst nehmen, dann ist transformative Ambition mit radikalen Schritten nach vorn der einzige realistische Weg.

Die gute Nachricht in all dem: Die Krisen unserer Zeit sind keine Ansammlung getrennt voneinander existierender Herausforderungen, die sich widersprechende Lösungen verlangen. Vielmehr haben sie gemeinsame Ursachen in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, in Profitorientierung, Privateigentum und Marktlogik. Lösungen für die Vielfachkrise müssen daher nicht miteinander konkurrieren, wie uns Politiker*innen glauben machen wollen, wenn sie soziale und ökologische Fragen immer wieder geschickt gegeneinander ausspielen. Tatsächlich sind ökologische und soziale Gerechtigkeit nahezu symbiotisch – sie brauchen einander. Eine transformative Klimapolitik, die nicht davor zurückscheut, Eigen-

tumsordnung und Profitorientierung infrage zu stellen, hat der überwiegenden Mehrheit der Menschen reale Verbesserungen in ihrem Leben anzubieten. Wenn wir statt Autos Straßenbahnen und E-Busse bauen, reduzieren wir die Abhängigkeit von fossilen Energien und schaffen Platz in unseren Städten. Wenn Shoppingmalls zu Sorgezentren oder Verleihstationen werden, sparen wir uns sinnlose Konsumtempel und schaffen Platz für das, was zählt. Wenn wir die Macht der Konzerne über den Wohnmarkt brechen, können wir ökologische Sanierung und bedarfsgerechten Umbau der Wohnraumversorgung ohne Ausschlüsse organisieren. Indem wir extremen privaten Reichtum angreifen, können wir Öffentlichen Luxus schaffen.

Nehmen wir das Beispiel Mobilität. Wir alle müssen mobil sein, um den Alltag zu bewältigen oder zur Arbeit zu kommen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das durch den Fokus auf das Auto und die Vernachlässigung öffentlicher Mobilität zu einer teuren und ausschließenden privaten Angelegenheit geworden ist. Zudem rauben uns Autos große Teile des Stadtraums und machen andere Formen der Mobilität wie das Radfahren gefährlicher. Auch in einer zukünftigen Gesellschaft mag der Bedarf an einigen Autos weiter bestehen, zum Beispiel in ländlichen Regionen, wo sich ein breiter Ausbau öffentlichen Verkehrs teilweise nicht lohnt oder wo für bestimmte Personengruppen Mobilität sonst schwer zu ermöglichen wäre. Es gilt aber das bisherige Verhältnis von 80 Prozent Auto- und Lkw-Verkehr zu 20 Prozent ÖPNV mindestens umzudrehen. Ein ausgebauter, intelligent vernetzter und ökologisch nachhaltiger öffentlicher Nah- und Fernverkehr könnte Mobilität für alle ermöglichen, CO₂-Emissionen und Flächenversiegelung reduzieren und sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Wir wissen heute, dass die Arbeitskraft und auch die industrielle Kapazität, die für diesen Ausbau nötig sind, den notwendigen Rückbau an Arbeitsplätzen in der Autoproduktion überkompensieren können. Ein solcher Ausbau kann und muss von den Beschäftigten in diesen Industrien getragen werden, die das notwendige

Wissen und die Organisationsmacht haben, um diesen auch durchzusetzen. Dass, wie manche Gewerkschaftsführungen und Parteien behaupten, die Arbeitenden kein Interesse daran hätten, ist blanker Hohn. Die Beschäftigten und ihre Fähigkeit zur Solidarität und Reflexion ihrer eigenen Arbeit nicht ernst zu nehmen, ist eine Verhinderungstaktik gegen eine echte, breit getragene Transformation. Die in den zurückzubauenden Industrien Beschäftigten wissen genau, dass Regulierungsansätze und ökologische Politik, wie sie bisher verstanden wurden, nicht die Profite der Shareholder und Eigentümerfamilien reduzieren, sondern die Arbeitsbedingungen und Löhne verschlechtern werden. Das Geld für den notwendigen Umbau ist jedoch da: Allein im letzten Jahr hat der VW-Konzern 15,8 Milliarden Euro Profit gemacht. Wenn die Profitorientierung und die Privatisierung der Gewinne als gegeben angesehen werden, dann ist eine antiökologische Position aus Sicht der Arbeitenden völlig rational. Wenn wir jedoch hinterfragen, warum Shareholder und reiche Eigentümer*innen über die Ausrichtung der Produktion bestimmen, dann löst sich der vermeintliche Gegensatz zwischen sinnvoller, guter Arbeit und Ökologie auf. Es wäre durchaus möglich, Großunternehmen wie VW schon morgen umzubauen und zugleich gute, gewerkschaftlich abgesicherte Löhne festzusetzen – allerdings nicht unter Bedingungen des Privateigentums, sondern nur, wenn wir über die konsequente Besteuerung von Reichtum hinaus auch die Macht über die Produktion kollektivieren.

Öffentlicher Luxus im Bereich Mobilität durch den Ausbau eines kostenlosen öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und der Rückbau schädlicher Produktion in der Autoindustrie, insbesondere mit ihrem gegenwärtigen Fokus auf Luxusproduktion und SUVs, gehen Hand in Hand. Beides gehört zu einer echten Mobilitätswende, die so nicht nur ein Projekt für Arbeitende oder das Klima ist, sondern dem Gemeinwohl dient. Wir können es uns nicht mehr leisten, jedes Jahr Tausende Luxusautos zu produzieren. Was wir uns leisten können, sind Züge, Busse

und Straßenbahnen, in denen man gerne fährt – ohne 1. und 2. Klasse, aber mit Arbeits-, Spiel- und Kinderabteilen.

Öffentlicher Luxus bietet das Potenzial, Arbeit von Grund auf neu zu denken und uns von einer Arbeitswelt zu (er-)lösen, in der wir sinnlose Tätigkeiten ausüben, um sinnlose Produkte herzustellen. Schon heute halten 35 Prozent der Menschen ihre Arbeit für sinnlos und 85 Prozent der Menschen empfinden eine starke emotionale Distanz zu ihrer Lohnarbeit. Öffentlicher Luxus heißt, aus Arbeit sinnstiftende und für andere Menschen sinnvolle Tätigkeit zu machen. Statt SUVs würden wir Trams und Wärmepumpen bauen, statt Bürokratie und ständigem Stress hätten wir Zeit für Patient*innen, Pflegebedürftige und Bildung.

Auf dem Weg zum Öffentlichen Luxus

Die notwendige Transformation macht vielen Menschen Angst. Entsprechend stark ist der Wunsch, am Bekannten, am vermeintlich Sicheren festzuhalten. Solange die mit der anstehenden Transformation verbundenen Verteilungs- und Eigentumsfragen nicht adressiert werden, gehen viele – wie die, die gegen den Klima-Volksentscheid in Berlin gestimmt haben – zu Recht davon aus, dass die Veränderungen auf ihre Kosten gehen werden. Sobald wir jedoch den notwendigen Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft als Teil einer größeren Transformation denken, die grundsätzlich verändert, wie und vor allem welchen Reichtum wir produzieren und wie wir ihn verteilen, dann kann sich diese Angst auflösen. Wir müssen aufhören, uns zu erzählen, dass wir alle verzichten müssen, während das so offensichtlich nur für diejenigen gilt, die von ihrem Lohn leben müssen, während der Champagner auf der Luxusjacht weiterfließt. Stattdessen lohnt es sich, für eine Transformation hin zu Öffentlichem Luxus zu kämpfen, der gesellschaftlichen statt individuellen Reichtum schafft und allen ein gutes und freies Leben ermöglicht. Nur dann können wir die anstehenden Veränderungen voller Hoffnung angehen. Nur so wird Zukunft wieder zur Verheißung.

Der vorliegende Band wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitfinanziert,
der die Herausgeber*innen dafür herzlich danken.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Namensnennung –
Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Unported (CC BY-NC-ND 3.0)
veröffentlicht.

Der vollständigen Lizenztext ist zu finden unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY-NC-ND 3.0-Lizenz überschreitet,
ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

1. Auflage 2023
© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: Andreas Homann

Das Motiv der Einbandinnenseiten ist auch als von Andrea Dieck
gestaltetes Poster erhältlich und kann beim Verlag bestellt werden.

Lektorat: Britta Grell/TEXT-ARBEIT, Berlin
Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg



Printed in Germany
ISBN 978-3-320-02414-7